

# Leitantrag zum Feminismus mit Schwerpunkt auf Schwangerschaftsabbrüchen

2022 errang die Anti-Abtreibungsbewegung in den USA ihren (bisher) größten Erfolg: der Supreme Court kippte das Urteil „Roe v. Wade“, das ein landesweites Recht auf Abtreibung sicherte. Nun können die US-Bundestaaten selbst über das Recht auf Selbstbestimmung am eigenen Körper entscheiden. Die rechts-konservativ bis rechtsextremen Republikaner setzten seitdem bereits in mehreren Bundesstaaten ein Verbot von Schwangerschaftsabbrüchen durch. Besonders schlimm ist die Situation im Südosten der USA, aus dem Betroffene mehrere hundert Kilometer in andere Staaten reisen müssen, um ihr Menschenrecht auf Abtreibung wahrzunehmen.

Auch in Europa steht das Recht auf körperliche Selbstbestimmung unter Beschuss. In Polen drückte die rechte PiS-Partei ein Gesetz durch, dass Schwangerschaftsabbrüche nur bei medizinischer Indikation erlaubt und damit ein de-facto-Verbot von Abtreibungen darstellt. Dieses Gesetz führte bereits zum Tod mehrerer Frauen, denen trotz Lebensgefahr ein Schwangerschaftsabbruch verweigert wurde.

In Bayern erhält die Anti-Choice-Bewegung immer mehr Zulauf. Sie setzen auf mobartige Gehsteigbelästigungen vor Abtreibungskliniken und Beratungszentren, Hetze gegen Ärzt:innen und absichtliche Verbreitung antifeministischer Propaganda. Damit sollen sowohl Personen, die eine Abtreibung wahrnehmen wollen, als auch medizinisches Personal eingeschüchtert werden und damit der Emanzipation von FLINTA\*-Personen aggressiv entgegengewirkt werden.

Darüber hinaus findet -auch in München- jährlich der sogenannte „Marsch für's Leben“ und der „1000 Kreuze“-Marsch radikaler Abtreibungsgegner:innen statt. Hier laufen religiös-konservative Fundamentalist:innen Hand in Hand mit der extremen Rechten. Auch Teile der Kirchen und der CSU („Christdemokraten für das Leben“) beteiligen sich an den antiemanzipatorischen Mobilisierungen.

Dabei geht es den selbsternannten „Lebensschützern“ nicht um den Schutz des menschlichen Lebens, sondern um die Aufrechterhaltung des Patriarchats in der kapitalistischen Gesellschaft. Frauen bzw. alle Personen, die von den Abtreibungsgegner:innen als solche angesehen werden, werden allein auf die Gebärfähigkeit reduziert. Gebärfähigen Menschen das Recht auf sexuelle Selbstbestimmung zu verwehren, ist eines der wichtigsten Instrumente des Patriarchats, um die männliche Dominanz in der Familie und der Gesellschaft zu erhalten.

Dabei kann das Patriarchat jedoch nicht losgelöst vom Kapitalismus betrachtet werden: Im Kapitalismus wird die Reproduktion von der profitbringenden Produktion getrennt. Produktion meint dabei die Herstellung von Waren wohingegen sich Reproduktion auf die Wiederherstellung der Arbeitskraft bezieht. Zu Reproduktionsarbeiten zählen somit z.B. das Führen des Haushalts, das Kochen, die Kindererziehung oder die Pflege von Angehörigen. Da die Reproduktion ein Kostenfaktor darstellt bzw. sich diese nicht wie die Produktion immer weiter auf Gewinn hin rationalisieren lässt, wird diese in der kapitalistischen Gesellschaft abgewertet. Gleichzeitig ist der Kapitalismus jedoch auf die Reproduktion angewiesen. Die Lösung: Die Reproduktionsarbeit wird Frauen<sup>1</sup> aufgelastet, die diese meist im Privaten und unbezahlt verrichten müssen. So entsteht im

---

<sup>1</sup>Bei „Frau“ handelt es um einen analytischen Begriff, der im Materialismus verwendet wird, um gesellschaftliche Verhältnisse abzubilden. Hierbei gehen wir nicht davon aus, dass es ein natürliches, binäres

Kapitalismus ein neues patriarchales Geschlechterverhältnis, das das System selbst absichert. Um diese patriarchalen Zustände aufrecht zu halten, wurde der Frau eine klare Rolle zugeteilt: die der liebevollen Mutter und unterworfenen Hausfrau. Im Kapitalismus gibt es somit immer ein Interesse daran, die Gebärfähigkeit von Frauen zu kontrollieren, um sicherzustellen, dass häusliche und reproduktive Arbeit weiterhin ohne Kosten verrichtet werden und das System nicht bedroht wird. Der Kampf um den Zugang zur Abtreibung ist folglich immer auch ein Kampf um die Rolle der Frau in der patriarchalen und kapitalistischen Gesellschaft.

Auch heutzutage wird Care-Arbeit hauptsächlich von Frauen ausgeübt. Frauen arbeiten häufiger in Teilzeit oder gehen keiner Lohnarbeit nach, um sich stattdessen z.B. um die Erziehung der Kinder zu kümmern. Dies führt in Kombination mit dem derzeit schlechten Rentensystem zu Altersarmut und finanzieller Abhängigkeit vom (Ehe-)Mann. Doch auch wenn Frauen arbeiten gehen, löst dies das grundlegende Problem nicht, dass Reproduktionsarbeit weiterhin gesellschaftlich abgewertet wird. Vielmehr führt dies oft nur dazu, dass Frauen an der Doppelbelastung von Lohnarbeit und Hausarbeit zerbrechen oder die Reproduktionsarbeit auf marginalisierte Frauen ausgelagert wird.

Kirchen und Staat sichern diese patriarchalen Geschlechterverhältnisse ab. Wo die Kirchen bei der Besetzung von Ämtern im Öffentlich-Rechtlichen mitbestimmen dürfen und anti-feministische Agenda ins Bayrische Bildungsministerium bringen, muss sich konsequent gegen religiöse Fundamentalist:innen gestellt werden. Seit 2016 sollen Schulen laut bayrischem Kultusministerium „Aktionstage für das Leben“ durchführen, wodurch Abtreibungsgegner:innen ein Zugang gegeben wird, um ihre Ideologie an Schulen zu verbreiten. Diesen angeblichen „Lebensschützern“ geht es nicht um den Schutz von menschlichen Leben oder Menschenrechten, sondern allein darum, gebärfähigen Menschen ihre Selbstbestimmung zu nehmen. Das tun sie, um im kapitalistischen Patriarchat die Reproduktion von Arbeiter:innen zu gewährleisten.

Wir brauchen einen Staat, der Menschen mit Gebärmutter schützt und emanzipiert, statt sie zu unterdrücken. Schwangerschaftsabbrüche müssen daher vom Staat garantiert frei, sicher, kostenlos und einfach zugänglich sein. Aktuell ist der Zugang zu Schwangerschaftsabbrüchen stark eingeschränkt. Bereits jetzt gibt es zu wenig Praxen und Kliniken, die diese Eingriffe anbieten. Die Situation wird sich in den kommenden Jahren weiter verschärfen, wenn viele Ärzt:innen in Rente gehen und der Nachwuchs fehlt. Aufgrund von Diffamierungen und Morddrohungen wollen sich viele Ärzt:innen nicht auf die offizielle Liste der Bundesärztekammer für Arztpraxen, die Abtreibungen durchführen, setzen lassen, was die Suche nach geeigneten Einrichtungen für Betroffene erschwert. Das alles führt dazu, dass Schwangere zum Teil mehrere Stunden Fahrt auf sich nehmen und lange Wartezeiten hinnehmen müssen. Dadurch entstehen enorme Kosten für Schwangere, auch, weil diese die Abtreibungen selbst finanzieren müssen. Für eine Abtreibung allein fallen bis zu 1000€ inkl. Fahrtkosten an. So wird das Recht auf Selbstbestimmung von der finanziellen Situation abhängig gemacht.

Die Rechte, ein Kind zu bekommen, kein Kind zu bekommen und seine Kinder großzuziehen, sind in der kapitalistischen Gesellschaft ein Privileg, das vielen gebärfähigen Personen im Hinblick auf Einkommen, sozialen Status oder rassistische und ableistische Zuschreibungen verwehrt bleibt. Dieser Umstand zeigt bereits, dass es uns nicht nur darum gehen kann, dass der Staat uns endlich eine freie Wahl für oder gegen eine Schwangerschaft gewährt. Denn der reine Fokus auf derartige Pro-Choice Argumente verdeckt soziale Ungleichheiten und privatisiert und individualisiert die Thematik der Reproduktion. Zudem sichert das Recht auf Selbstbestimmung noch keinen tatsächlichen Zugang zu den entsprechenden Ressourcen.

---

Geschlechtssystem mit Mann und Frau gibt. In der Gesellschaft herrscht diese Ideologie jedoch vor, weshalb es sinnvoll ist, diese Kategorien in Analysen zu benutzen. „Frauen“ sind hier als historisch vom Patriarchat als Frau Unterdrückte zu verstehen.

Wir fordern daher einen kommunistischen Begriff von Emanzipation, der darauf beruht, die Trennung von gesellschaftlicher Arbeit in eine männliche-produktive und eine weiblich-reproduktive Sphäre aufzuheben, ohne die Reproduktion ins Private zu verschieben oder auf marginalisiertere Gruppen abzuwälzen. Innerhalb des kapitalistischen Patriarchats ist eine Emanzipation nämlich nur auf Kosten anderer, noch marginalisierteren Gruppen möglich. Für echte reproduktive Würde und Sicherheit brauchen wir Zugang zu gesellschaftlichen Ressourcen. Und das geht nur in einem anderen System!

Die kommunistische Emanzipation erfordert eine Abschaffung des Systems der Lohnarbeit und des Widerspruchs zwischen Kapital und Arbeit. Dadurch wollen wir die produktive Arbeit reduzieren und reproduktive Arbeit gesellschaftlich fair organisieren und verteilen. den. (lassen wir das modell wirklich drin? würde das tatsächlich eher weglassen)

Wir wollen echten Feminismus statt Girlboss-Liberalismus! Für körperliche Selbstbestimmung - our bodies, our choice!

Unsere Forderungen sind:

- Solidarität mit den Opfern sexualisierter Gewalt, besonders in der Partei DIE LINKE und im Jugendverband
- Umfassende Aufarbeitung von #linkemetoo
- Täterschutz in der Partei DIE LINKE beenden und keine Ämter für Täter
- Vollständige Trennung von Staat und Kirche durch:
  - Verstaatlichung von sämtlichen sozialen Einrichtungen wie Pflegeeinrichtungen, Krankenhäusern, Kindergärten, Zufluchtsorten für Opfer häuslicher Gewalt, Eltern-Kind-Heimen und Kinder- und Jugendwohnheimen, die sich aktuell in kirchlicher Trägerschaft befinden
  - Ausschluss der Kirchenvertreter:innen aus dem Rundfunkbeirat
  - Streichung von §218 und stattdessen die Verankerung des Rechts auf sichere, legale und kostenlose Schwangerschaftsabbrüche im Grundgesetz
- Konsequente Durchsetzung dieses Rechts durch:
  - Aktive Förderung und Aufbau von Abtreibungskliniken und unabhängigen Beratungsstellen, um die Versorgung besonders im aktuell stark unterversorgten ländlichen Bereich sicherzustellen
  - Vollständige Kostenübernahme des Schwangerschaftsabbruchs durch die Krankenkassen
  - Erstattung der Fahrtkosten durch den Freistaat
  - Verfügbarkeit von Abtreibungsmedikamenten wie Cytotec sicherstellen
  - Begleichung von sozialen Ungleichheiten, um eine wirkliche Entscheidungsfreiheit aller Gebärfähigen zu garantieren
  - Mehr Aufklärungsarbeit in Schulen über Schwangerschaftsabbrüche, Verhütung, sexuelle Selbstbestimmung und Konsens zur Prävention sexualisierter Gewalt
- Klare Kennzeichnung neutraler Schwangerenberatungen und die Löschung von antifeministischen Fehlinformations-Websites wie „profemina“ aus den obersten Internetsuchergebnissen
- Stopp von Übergriffen auf Patient:innen durch Abtreibungsgegner vor Abtreibungspraxen und -kliniken
- Menschenrecht auf selbstbestimmte Reproduktion, das unabhängig von race, Religion, sexueller Orientierung, wirtschaftlichem Status, Alter, Immigrationsstatus, Staatsbürgerschaft, Fähigkeiten/Behinderungen gelten muss und von Staat und Gesellschaft gewährleistet wird
- Verankerung des Rechts ein Kind zu bekommen, kein Kind zu bekommen und seine Kinder großzuziehen im Grundgesetz

- Kommunistische Emanzipation zum endgültigen Sturz des Patriarchats und eine Neuverteilung und Neubewertung von Reproduktion und Produktion!